

## **Leserbrief zum Artikel „Eltern sauer: Unterricht fällt seit Dezember aus“, im Schwarzwälder Boten vom 7. Februar 2019**

Der Lehrkräftemangel an der Albert-Schweitzer-Schule in Hechingen, den Herr Blum, Vorsitzender des Gesamtelternbeirats der Hechinger Schulen, in seinem Brief an das Staatliche Schulamt Albstadt völlig zurecht beklagt, ist leider exemplarisch für viele SBBZ (Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren, früher Sonderschulen) und Grundschulen. Hiervon besonders betroffen ist der ländliche Raum. Ein Grund für die derzeitige Not sind unzuverlässige Prognosen zur Entwicklung der Schülerzahlen.

Die von den Hechinger Eltern kritisierte Praxis der Abordnung von Lehrkräften im laufenden Schuljahr, um Ausfälle an anderen Schulen zu kompensieren, ist nur eine von vielen Maßnahmen, dem personellen Notstand an den Schulen zu begegnen. Eine Maßnahme allerdings, die hauptsächlich unter Fürsorgeaspekten gegenüber dem Lehrpersonal besonders fragwürdig ist.

Neben der Rekrutierung pensionierter Lehrkräfte wird das System hauptsächlich aufrecht erhalten von einem Heer von Vertragslehrkräften mit ganz unterschiedlicher Vorbildung – längst nicht alle verfügen über ein abgeschlossenes Lehramtsstudium. Dieser Personenkreis wird jedes Jahr aufs Neue zu Beginn der Sommerferien entlassen, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits absehbar ist, dass dringender Bedarf auch im darauffolgenden Schuljahr besteht. Während der Zeit der Sommerferien beziehen Vertragslehrkräfte kein Einkommen und sind auf Arbeitslosengeld angewiesen. Es ist skandalös, dass sich auf diese Weise an den Schulen in Baden-Württemberg – einem reichen Bundesland – prekäre Beschäftigungsverhältnisse etablieren.

Das Staatliche Schulamt ist vor die Aufgabe gestellt, diesen Mangel zu verwalten. Es hat seine Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten zu erfüllen und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass planmäßiger Unterricht stattfindet. In diesem Spannungsfeld zu agieren, kommt in der akuten Mangelsituation einer Quadratur des Kreises gleich – es kann keine befriedigende Lösung geben. Schuld an der Misere des Lehrkräftemangels ist jedoch nicht das Staatliche Schulamt, sondern sind bildungspolitische Versäumnisse.

Dennoch ist der Aufschrei der Hechinger Eltern wichtig und richtig, um die Grenzen der Zumutbarkeit für Kinder und Lehrkräfte ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Nur dadurch kann letztlich genügend Druck gegenüber den politischen Verantwortlichen aufgebaut werden.

Wenn wir die überaus unbefriedigende Situation überwinden wollen, dass wir Lehrkräftemangel hier und Unterrichtsausfälle dort immer erst beklagen, wenn es zu spät ist, dann müssen unbedingt von der Bildungspolitik zuverlässige Prognosen und die entsprechenden Konsequenzen eingefordert werden. Dass man solche Prognosen erstellen kann, hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit ihrem jetzt veröffentlichten Gutachten des Essener Bildungsforschers Prof. Dr. Klaus Klemm gezeigt. Klemm belegt, dass an den weiterführenden Schulen bis 2030 mindestens 6000 Lehrerstellen fehlen werden. An den Grundschulen wird der Bedarf an Lehrkräften bis 2030 auf 8000 zusätzliche Lehrerstellen anwachsen. Es bleibt zu hoffen, dass daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Martina Jenter-Zimmermann  
Bezirksvorsitzende (Team) GEW Südwürttemberg  
Kreisvorsitzende (Team) GEW Zollernalbkreis